

Land unter beim Polder-Termin

DISKUSSION Das Kloster Weltenburg war geschickt gewählt für die Hochwasser-Debatte. Doch ausgerechnet gestern stiegen die Pegel.

VON ISOLDE STÖCKER-GIETL

KELHEIM. Der Vorführeffekt ist gelungen: Ausgerechnet beim ersten bayernweiten Flutpolder-Dialog, den Umweltminister Thorsten Glauber (FW) für Montagabend einberufen hat, macht sich die Donau breit und zeigt ein wenig von ihrer gewaltigen Kraft. Bis zum Nachmittag erreichte der Veranstaltungsort, das Kloster Weltenburg, die Meldestufe 3. Die Zufahrt zum Kloster ist gesperrt, die Schifffahrt zum Donaudurchbruch eingestellt.

„Kein Verständnis mehr“

Gegen Mittag hatte die Interessensgemeinschaft der Poldergegner (IG Polder) ihre geplante Demonstration abgesagt. „Irgendwie hatten wir schon immer das Problem, dass wir unsere Fakten nicht transportieren können“, bedauert IG-Sprecher Markus Hörner am Telefon und bezieht dies auch auf die verheerende Naturkatastrophe der vergangenen Tage im Westen und Süden Deutschlands. Es sind Bilder, die bei den Menschen große Emotionen hervorrufen und damit auch große Wir-



Umweltminister Glauber (l.) sieht keine Alternativen zum geplanten Flutpolder in Würthhof.

FOTO: STÖCKER-GIETL

kung zeigen. Darf man noch gegen Polder sein, wenn gerade über 160 Menschen von gewaltigen Wassermassen in den Tod gerissen wurden?

Auch Glauber signalisiert, dass angesichts der Tragödien, in denen Menschen ihr Leben, ihr Hab und Gut verloren haben, diese Diskussion für ihn nicht mehr nachvollziehbar sei. „Ich habe manchmal kein Verständnis mehr, wenn Bürger sich über ein 50-Zentimeter-Mäuerchen aufregen, das die Menschen schützen soll.“ Er spricht den Interessenvertretern, die aus allen bayerischen Donau-Gebieten angereist sind, weiterhin den Dialog zu suchen, „aber die Starkregenereignisse fordern uns heraus“. Es müsse gehandelt werden. Sowohl beim Hochwasserschutz als auch bei den Poldern.

„Das Problem ist, dass sämtliche Hochwasserschutzmaßnahmen auf den Bau von Poldern ausgerichtet sind“, entgegnet Hörner. In der Eifel seien es aber nicht die großen Flüsse gewesen, die die Katastrophe auslösten. „Am Rhein haben sie Polder, aber das hat den nun betroffenen Orten nichts geholfen.“ Und genau hier will der Sprecher der IG, flankiert von den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden und Landrätin Tanja Schweiger (FW), die ebenfalls seit Jahren gegen Polder kämpft, bei der Veranstaltung ansetzen. „Wir brauchen einen vollständigen HQ100-Schutz an den großen Flüssen und wir brauchen dezentrale Maßnahmen an Flüssen wie Naab, Laber oder Regen.“ Ein Polder, davon sind die Gegner der Maßnahme überzeugt, bringe

nur bei Hochwassern an den großen Strömen einen entscheidenden Schutz. Glauber spricht stattdessen von umfassenden Maßnahmen. „Jeder Polder kann Leben retten“ und er spricht vom Solidaritätsprinzip. „Jeder Oberrainer ist ja auch ein Unterrainer.“ Appelle allein werden aber wohl nicht reichen. Denn das, was etwa in Würthhof geplant ist, ist gigantisch. 30 Millionen Kubikmeter Wasser soll das 770 Hektar große Rückhaltebecken aufnehmen können. Es wäre so groß wie der Tegernsee. Die Durchschnittshöhe der Deiche liegt laut Ministerium bei sechs Metern und erreicht maximal 7,80 Meter. Den Forderungen der Poldergegner hält das Gutachten entgegen: Kleinere Rückhaltebecken an den Zuflüssen der Donau hätten bei einem insgesamt

„Sie müssen es nicht glauben, aber Sie tragen dafür dann die Verantwortung.“

THORSTEN GLAUBER
Umweltminister an die Poldergegner

gleich großen Volumen nur einen halb so großen Effekt wie die Polder. Bei einem Hochwasser könnte Straubing um 40 Zentimeter entlastet werden, in Degendorf wären es noch 24 Zentimeter.

„Wir sind solidarisch!“

Landrätin Tanja Schweiger betont, dass der Landkreis Regensburg schon viel Solidarität bewiesen habe. Beim Donau-Ausbau ebenso wie bei der Tennet-Stromtrasse, beim Kies-Abbau, bei der Autobahn. „Wir sind der Meinung, dass wir bis jetzt immer sehr solidarisch waren und fragen uns: Wo bleibt eigentlich die Solidarität mit uns?“

Auch die IG Polder spricht von einem „Hopplahopp“, obwohl man noch nicht einmal das Gutachten vernünftig habe durcharbeiten können. „Wir verstehen nicht, was diese Eile jetzt soll.“ Es liege in der Verantwortung der Politik, auf die Starkregen-Ereignisse Antworten zu finden und nicht Prestigeprojekte durchzuboxen, sagt Hörner.

Warnung mit Hürden

KATASTROPHE Die Flut kam für viele Menschen überraschend. Wie alarmiert Bayern in solchen Situationen?

1 AUF WELCHE SYSTEME SETZT BAYERN BEI DER WARNUNG DER BÜRGER?

Es gibt mehrere Standbeine bei der Information der Menschen vor drohenden Gefahren. Dazu gehören die klassischen Wege der Rundfunkwarnung und Sirenen. Bei der Warnung über Radio- und Fernsehsender könnten auch gleich Verhaltenshinweise übermittelt werden, informiert das Innenministerium in München über einen Vorteil des Systems. Die Sirenen sollen die Menschen insbesondere dazu animieren, sich aus den Medien über die Details zu informieren. Da mittlerweile in einigen Gegenden kein Sirenenystem mehr vorhanden ist, fahren dort dann die Feuerwehr und die Polizei durch die Straßen und warnen per Lautsprecher.

Ergänzt werden diese altbekannten Systeme durch moderne Smartphone-Apps. Die App NINA wird dafür vom Bund betrieben, um über Katastrophen und andere bedrohliche Ereignisse wie Großbrände mit starker Rauchentwicklung zu informieren. Die App Katwarn der Fraunhofer-Gesellschaft funktioniert ähnlich, der Deutsche Wetterdienst bietet die App Warnwetter an.

2 SIND DIESE SYSTEME IN ALLEN SITUATIONEN ZUVERLÄSSIG?

Der erste bundesweite Warntag im September des vergangenen Jahres hatte die Schwächen offengelegt. Aufgrund von technischen Problemen wurden Warnungen nicht oder zu spät auf die mobilen Telefone übermittelt. Mancherorts warteten die Menschen vergeblich auf Sirenengeheul, mitunter weil viele Sirenen längst abgebaut sind, beispielsweise in München. Das Bundesinnenministerium bezeichnete den Probealarm als „fehlgeschlagen“. Der ursprünglich für den bevorste-

henden September geplante nächste Warntag wurde bereits abgesagt, der nächste nationale Test ist nun erst 2022 geplant. Bis dahin will das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe das System optimieren. Der Aufbau neuer Sirenen und die Instandsetzung alter Anlagen wird mit 88 Millionen Euro gefördert. Die NINA-App wurde bereits auf 40 Millionen potenzielle Nutzer ausgebaut. Zudem gibt es Forderungen, künftig an alle Mobiltelefone im Notfall automatisch Warn-SMS zu verschicken. Dies verlangt auch der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager. „Das sollte bei größeren sich anbahnenden Katastrophen damit auch auf älteren Handys und ohne zu installierende Apps möglich sein“, sagte der CDU-Politiker.

3 HÄTTEN DIE MENSCHEN FRÜHER GEWARNT WERDEN KÖNNEN?

Der FDP-Fraktionsvize im Bundestag, Michael Theurer, sieht ein „erhebliches Systemversagen“ beim Bevölkerungsschutz. Andere sind zurückhaltender. So teilt der Bürgermeister von Simbach am Inn, das vor fünf Jahren von einer Flut verwüstet worden war, die harte Kritik nicht. „Ich denke nicht, dass der Katastrophenschutz versagt hat“, meint Rathauschef Klaus Schmid (CSU). „Es ist eine sehr, sehr schwierige Sache, die Warnungen zeitgerecht hinzubekommen.“

4 KANN BEI UNWETTERN AUCH ZU OFT GEWARNT WERDEN?

Ein drohender Gewöhnungseffekt kann gerade auch bei Unwettern zum Problem werden. Mitunter warnen die Meteorologen großflächig ganze Landstriche, die Warn-Apps leuchten dann in mehreren Landkreisen gleichzeitig auf. Auch Verena Gros, Sprecherin des bayerischen Innenministeriums sagt, es sei eine Herausforderung, den richtigen Weg zwischen letztlich unnötigen Warnungen und verpassten erforderlichen Warnungen zu finden. „Was genau das richtige Maß ist, lässt sich aber häufig erst im Nachgang zutreffend feststellen“, sagt sie. (dpa)

UNSER EID SCHÜTZT AUCH DEINE FREIHEIT.

MACH, WAS WIRKLICH ZÄHLT.

77. Jahrestag des 20. Juli 1944
Im Gedenken an den militärischen Widerstand.
bundeswehrkarriere.de



„Am 20. Juli 1944 versuchten die Männer und Frauen um Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg den Umsturz. Sie wollten Hitler töten und den Krieg beenden. Ihre Courage ist für uns bis heute leuchtendes Vorbild für Haltung und Gewissen gegen jede Art von Extremismus in der Bundeswehr und in unserem Land.“

Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin der Verteidigung



BUNDESWEHR